

**Dringliche interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, Mitte, AL/PdA (Franziska Geiser, GB/Katharina Altas, SP/Claudio Righetti, Mitte/David Böhner, AL): Die Stadt Bern verlangt vom Schweizer Bundesrat Massnahmen gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran zu ergreifen**

Der Gemeinderat wird beauftragt, beim Schweizerischen Bundesrat folgende Stellungnahme abzugeben:

Die Stadt Bern verurteilt die Menschenrechtsverletzungen im Iran aufs Schärfste und ruft die Schweizer Landesregierung dazu auf, Massnahmen dagegen zu ergreifen. Deshalb fordert die Stadt Bern den Schweizer Bundesrat dazu auf,

1. die aufgrund der Menschenrechtsverletzungen im Iran von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Mitglieder des Regimes vollständig zu übernehmen;
2. sich im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des internationalen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus einzusetzen, um die systematische Straflosigkeit im Iran anzugehen,
3. Massnahmen zu ergreifen, um die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für die Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen.

**Begründung:**

Seit die 22-jährige Jina «Masha» Amini am 16. September 2022 von der iranischen «Sittenpolizei» für das inkorrekte Tragen ihres Kopftuches zu Tode geprügelt wurde, gehen in Iran zehntausende Menschen gegen das Mullah-Regime auf die Strasse. Die Protestierenden fordern das Ende des unterdrückerischen Regimes um Religionsführer Ali Chamenei. Das Regime reagiert auf die Proteste mit unverhältnismässiger Gewalt.

An Demonstrationen in Bern und in der ganzen Schweiz gegen das iranische Regime wird verlangt, dass die Schweiz sich aktiv gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran einsetzt. Doch die Antwort des Bundesrates auf die Brutalität des iranischen Regimes ist bisher ungenügend. Die Schweiz muss die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für die Frauen- und Menschenrechte unterstützen, sich im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des beschlossenen Untersuchungs- und Rechenschafts-Mechanismus einsetzen und endlich die EU-Sanktionen gegen Mitglieder des iranischen Regimes (?) übernehmen.

Der Bundesrat hat zwar diejenigen EU-Sanktionen gegen den Iran übernommen, welche aufgrund der Drohnenlieferungen an Russland verhängt wurden. Die Sanktionen, welche die EU aufgrund der unhaltbaren Menschenrechtssituation im Iran verhängt hat, wurden von der Schweiz hingegen bis-her nicht übernommen. Im Sinne einer konsequenten Schweizer Haltung für Frieden, Demokratie und Menschenrechte darf die Schweiz deshalb nicht länger abseitsstehen und muss die Sanktionen gegen den Iran übernehmen.

**Begründung der Dringlichkeit:**

Die in der Motion geforderte Resolution muss so schnell wie möglich verabschiedet werden, damit sie eine Wirkung entfalten kann. In Iran sind die Protestierenden von brutaler Gewalt betroffen und das iranische Regime macht sich massiver Menschenrechtsverletzungen schuldig. Die Aufforderung an den Bundesrat, sich gegen den iranischen Staatsterror zu stellen, kann nicht aufgeschoben werden.

Bern, 08. Dezember 2022

*Erstunterzeichnende: Franziska Geiser, David Böhner, Claudio Righetti*

*Mitunterzeichnende:* Milena Daphinoff, Sibyl Martha Eigenmann, Lionel Gaudy, Valentina Achermann, Sara Schmid, Diego Bigger, Nicole Bieri, Sofia Fisch, Nora Joos, Anna Jegher, Mahir Sançar, Sarah Rubin, Lea Bill, Seraphine Iseli, Jelena Filipovic, Anna Leissing, Katharina Gallizzi, Mirjam Arn, Ursina Anderegg, Eva Chen, Matteo Micieli, Lukas Wegmüller, Halua Pinto de Magalhães, Chandru Somasundaram, Laura Binz, Michael Sutter, Nora Krummen, Bernadette Häfliger, Johannes Wartenweiler, Dominic Nellen, Barbara Keller, Szabolcs Mihalyi, Katharina Altas, Regula Bühlmann

### **Antwort des Gemeinderats**

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung bei ihm.

Der Gemeinderat verurteilt die Menschenrechtsverletzungen im Iran scharf und steht den Anliegen der Motionärinnen und Motionäre grundsätzlich positiv gegenüber. Um einer Intervention beim Bundesrat mehr Gewicht zu geben, ist der Gemeinderat im Gespräch mit anderen Städten und dem Städteverband, um allenfalls in einem gemeinsamen Schreiben an den Bundesrat zu gelangen.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Interfraktionelle Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 1. Februar 2023

Der Gemeinderat